

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 14

Halle (Saale), 10. August 1931

7. Jahrgang

## An unsere Bezieher!

Ab 1. September neues Parteiblatt

Am 1. September wird im Verlag der Berliner Parteileitung ein neues Partei-Wochenblatt „Deutscher Aufstieg“ im Zeitungsformat erscheinen. Dieses Blatt soll in allen unseren Wahlkreisorganisationen im ganzen Reiche weiteste Verbreitung finden, um ein Bindemittel zwischen der Berliner Parteizentrale und den Freunden im Lande zu bilden. Es soll aber vor allem auch der Partei die Möglichkeit liefern, mit ihrer politischen Auffassung und mit ihren Kundgebungen mehr als bisher an die Öffentlichkeit zu dringen.

Den Beziehern unseres „Politischen Wegweisers“ geht das neue Parteiblatt vom 1. September ab für den ganzen Monat September kostenlos zu. Sie erhalten außerdem wie bisher den „Politischen Wegweiser“, aber ohne Einlage der „Blätter der Staatspartei“. Für beide Blätter zahlen die bisherigen Bezieher des „P. W.“ im September aber nur den für den „P. W.“ bisher üblichen Abonnementsbetrag, der von der Post eingezogen wird.

Vom 1. Oktober ab genießen unsere bisherigen Bezieher eine ganz wesentliche Erleichterung. Sie erhalten wöchentlich das neue Berliner Parteiblatt, dazu vierzehntägig als Beilage unseren „Politischen Wegweiser“ in Zeitungsgröße und zahlen für diese im Umfang und Inhalt wesentlich vergrößerte Zeitung vom 1. Oktober ab

**nur eine Bezugsgebühr von 50 Pfennig monatlich.**

Diese bedeutende Erleichterung trägt der schwierigen Wirtschaftslage Rechnung und soll der Zeitung eine möglichst große Verbreitung sichern, sodaß jeder Parteifreund infolge der geringen finanziellen Belastung Bezieher dieses Parteiblattes mit der Beilage unseres „Politischen Wegweiser“ werden kann.

Diese Verbreitung muß erreicht werden. Seit vielen Jahren ist es ein großer Uebelstand, daß die frühere demokratische Parteileitung und jetzt auch die der Staatspartei kein Parteiorgan zur Verfügung hatte, um in ihm ihre Tätigkeit und ihre Ziele klarzulegen und gegnerischen Darstellungen entgegenzutreten. Dieser Mangel hat sich nicht nur in den Wahlkämpfen, vielmehr auch in der Zwischenzeit nach übereinstimmender Ansicht aller Freunde sehr stark und sehr nachträglich bemerkbar gemacht. Die in den einzelnen Wahlkreisen bisher verstreut erschienenen Blätter unserer Kreisorganisationen konnten ihn nicht beheben. Das ist nur durch ein von der Zentralstelle geleitetes und in

einer Massenaufgabe über das Reich verbreitetes Parteiblatt möglich. Dieses stellt auch eine viel stärkere Bindung zwischen Parteileitung und Parteimitglied her und läßt die Stimmen aus dem Lande mehr als das leider bisher der Fall war, zur Geltung kommen.

Alles in allem genommen ist es also eine absolute Notwendigkeit, daß künftig jedes Parteimitglied auch Bezieher des Parteiblattes ist. Und wenn es dann durch entsprechende Beilagen auch über die politische Bewegung seines engeren Wahlkreises und über die Vorgänge in der eigenen Parteiorganisation näher unterrichtet ist, (wie es bei uns durch den „Politischen Wegweiser geschieht“), so wird jeder Parteifreund mit seinem Parteiblatt auch eng verbunden sein und gern das verhältnismäßig kleine Opfer eines Bezugsgeldes von monatlich 50 Pfg. bringen. Also:

Jedes Mitglied der Deutschen Staatspartei in  
unserem Bezirksverband Halle-Merseburg muß Bezieher des Berliner Parteiblattes mit der Beilage  
„Politischer Wegweiser“ werden.

Dieses Ziel zu erreichen, muß jedes Mitglied bestrebt sein und auch bei Freunden und Bekannten in diesem Sinne werben.

Halle. Der „Republikanische Schülerbund“ wird Mitte September einen Aufklärungsabend veranstalten, zu dem Herr Ober-Schulrat Koch aus Magdeburg einen Vortrag zugesagt hat. Genauer Termin und Lokal der Veranstaltung werden noch bekanntgegeben. Wir bitten unsere Parteifreunde, die Bestrebungen des „Republikanischen Schülerbundes“ durch eigenen Besuch der Veranstaltung zu unterstützen und auch ihren Kindern, soweit sie obere Schulklassen besuchen, die Teilnahme an der Veranstaltung zu empfehlen.

#### **Gekürzte Oberbürgermeister-Gehälter Preußens Regierung greift durch.**

Seit Monaten hat die Preußische Staatsregierung von den Gemeinden den Abbau der in den Jahren der Pumpwirtschaft aufgeblähten Oberbürgermeister-Gehälter gefordert. Die Gemeinden haben sich aber wenig darum gekümmert. So hatte die Stadt Görlitz das Gehalt des neu zu wählenden Stadtoberhauptes auf 22000 Mark im Jahre festgesetzt. Jetzt hat das Staatsministerium einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es hat einfach die Bestätigung der Wahl des auf Grund dieser Gehaltsfestsetzung nach Görlitz berufenen Stadtkämmerers Duhmer aus Stettin verweigert und zugleich die Stadt Görlitz wissen lassen, daß ein Gehalt von 12000 bis 16000 Mark für das Oberhaupt einer Stadt von einigen achtzigtausend Einwohnern durchaus hinreichend sei. Solange über die Höhe keine Einigung erzielt ist, droht das Staatsministerium, die Bestätigung der Wahl zu verweigern. Der Vorgang ist recht lehrsam.

### Wirtschaftspartei in Auflösung

Die Frankf. Ztg. schreibt: Weil die Wirtschaft sonst so wenig Sorgen hat, führt uns die Partei, welche alle politischen Grundsätze abgeschworen hatte, um sich einzig und allein den wirtschaftlichen Interessen ihrer Wähler zu widmen, — führt uns diese Partei gerade heute das Schauspiel ihrer eigenen Drittelung vor. Die sächsischen Wahlkreise, in denen die Wirtschaftspartei zeitweise mehr Bedeutung als anderwärts sich verschafft und sogar dem Lande einen Minister gestellt hatte, haben schon um die letzte Jahreswende alle Beziehungen zur Reichsleitung ihrer Partei, insbesondere zu Herrn Drewitz, abgebrochen. Jetzt sind sie unter Führung des früheren Ministers Weber endgültig ausgeschieden und haben eine besondere Sächsische Wirtschaftspartei gegründet. Den gleichen Schritt taten vor einiger Zeit schon Wahlkreis Konferenzen im südlichen Rheinland und in Hessen-Nassau. Hier nennt man sich jetzt „Radikale Mittelstandspartei“, und um die Richtung des so proklamierten Radikalismus klarzustellen, haben die Abgeordneten dieser Wahlkreise beantragt, ihnen im Landtag neue Sitze rechts von der bisherigen Wirtschaftspartei anzuweisen. Da locken Adolf Hitlers Spuren, von dessen Sprache und Agitationsmethoden manche dieser örtlichen Führer der bisherigen Wirtschaftspartei sich lange schon kaum mehr unterschieden haben. Andere Wirtschaftsparteiler sind wohl mit den Abgeordneten Colosser und Dannenberg zur Staatspartei gegangen, und vielleicht werden auch noch sonstige Richtungen aus dem Zeretzungsprozeß Gewinn ziehen. Die Rolle des Herrn Drewitz scheint ja auch im Reichstag ziemlich ausgespielt zu sein. Werden die Menschen aus dem Schicksal dieser Illusion „Wirtschaftspartei“ lernen, daß man eine Partei eben nicht rein wirtschaftlich orientieren, und auf die Dauer politisch überhaupt nicht wirken kann, ohne von politischen Grundsätzen auszugehen?

### Hindenburg gegen die Nationalsozialisten

#### Eine deutliche Antwort.

Als der Reichspräsident von Neudeck nach Berlin zurückreiste, kam er durch das westpreußische Städtchen Rosenberg. Als er den Wagen verließ, schrien einige Nationalsozialisten: „Deutschland erwache“.

Hindenburg drehte sich um und rief den Schreibern zu: „Heute regieren Männer und nicht Lümmels!“

Der Vorgang hatte ein Nachspiel. Der Magistrat von Rosenberg veröffentlicht in der Lokalpresse die folgende Erklärung:

„Der hiesige Magistrat hatte dem Herrn Reichspräsidenten in einem Schreiben sein größtes Bedauern ausgesprochen über die Vorfälle, die sich bei der Abreise des Herrn Reichspräsidenten am 14. Juli auf dem hiesigen Bahnhof abgespielt hatten.

Der Herr Reichspräsident hat jetzt dem Magistrat unter dem 29. Juli mitgeteilt, er ersehe aus dem Schreiben mit Genugtuung, daß die ihm zugefügte Ungehörigkeit mißbilligt werde; er sei bereit, diese zu vergessen“.

## Ein seltsames Stadtoberhaupt.

Stahlhelmler und Naziführer in Bremervörde ist ein Hauptmann Meyer, der sich schon seit Monaten durch besonders gehässige Bekämpfung der Deutschen Staatspartei auszeichnet. Der staatsparteiliche Abgeordnete Dr. Stolper war bereits vor einiger Zeit genötigt, gegen diesen Herrn Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Seit Monaten erklärten seine Anhänger, sie würden sich in einer öffentlichen Versammlung stellen. Diese wurde jetzt von der Deutschen Staatspartei anberaumt und den vereinigten Stahlhelmlern und Nazis volle Redefreiheit zugesichert. Aber der tapfere Nazi-Stahlhelm-Mann forderte in Rieseninseraten auf, die Versammlung der Deutschen Staatspartei nicht zu besuchen.

Am Versammlungsabend aber ließen die vereinigten Nazis und Stahlhelmer vor dem Versammlungslokal zwölf Mann Spalier bilden und in einer Liste alle Versammlungsbesucher namentlich einzeichnen. Als der überwachende Polizist aufgefordert wurde, diese Belästigung der Versammlungsbesucher und diesen Terror abzustellen, setzte er sich zunächst mit dem **Bürgermeister** in Verbindung. Dieser aber erklärte dem überwachenden Beamten, **das sei Privatsache!** Der staatsparteiliche Redner der trotzdem gutbesuchten Versammlung, Abgeordneter Nuschke, geißelte unter stürmischer Zustimmung der Versammlung den Terror und die Feigheit der Nazis und die wunderlichen Auffassungen des Stadtoberhauptes.

**Göbbels beschimpft das Volk**

„Parasitärer Charakter“.

Im „Angriff“ wagt Dr. Göbbels folgende Beschimpfung:

„Es wird in Deutschland nicht mehr gearbeitet, und das Volk lebt nicht mehr vom Ertrag der Arbeit. Unser Dasein hat nur noch parasitären Charakter“.

Der Gedanke, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als faulenzenden Schmarotzer hinzustellen, ist bisher wohl keinem einzigen ausländischen Gegner Deutschlands eingefallen — dergleichen blieb dem nationalsozialistischen Hauptagitator Dr. Göbbels in einem Augenblicke vorbehalten, als eben dieses deutsche Volk eine furchtbare Krisis erlebte. Und eine Persönlichkeit, die dergleichen fertig bringt, ist ein Hauptführer einer der größten der deutschen Parteien!

**Brechung der Zinsknechtschaft**

In der nationalsozialistischen Zeitung „Roter Adler“ liest man folgendes Inserat:

Parteimitglied sucht von Freunden 700 Mark. In 3 Monaten 1000 Mark zurück. Gute Sicherheit vorhanden. Gefl. Angebote unter . . . . an den Verlag Roter Adler.

Das heißt Verzinsung von etwa 170 v. H.! Mit der „Brechung der Zinsknechtschaft“ scheint es also nun Ernst zu werden.

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 14

Halle (Saale), 10. August 1931

7. Jahrgang

## An unsere Bezieher!

Ab 1. September neues Parteiblatt

Am 1. September wird im Verlag der Berliner Parteileitung ein neues Partei-Wochenblatt „Deutscher Aufstieg“ im Zeitungsformat erscheinen. Dieses Blatt soll in allen unseren Wahlkreisorganisationen im ganzen Reiche weiteste Verbreitung finden, um ein Bindemittel zwischen der Berliner Parteizentrale und den Freunden im Lande zu bilden. Es soll aber vor allem auch der Partei die Möglichkeit liefern, mit ihrer politischen Auffassung an die Oeffentlich-

weisers“ geht das  
den ganzen Monat  
em wie bisher den  
der „Blätter der  
isherigen Bezieher  
den „P. W.“ bisher  
eingezogen wird.  
isherigen Bezieher  
halten wöchentlich  
täglich als Beilage  
größe und zahlen  
größerte Zeitung

monatlich.

rigen Wirtschafts-  
möglichst große Ver-  
olge der geringen  
eiblattes mit der  
werden kann.  
Seit vielen Jahren  
re demokratische  
i kein Parteiorgan  
it und ihre Ziele  
entgegenzutreten.  
kämpfen, vielmehr  
der Ansicht aller  
merkbar gemacht.  
reut erschienenen  
n nicht beheben.  
geleitetes und in

